

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In bezug durch alle Postämter des In- und Auslandes sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Dauerstraße Nr. 4) und Dresden (bei C. Götner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig Mittw. 11 Uhr, Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Die Dresdener Conferenzen.

□ Dresden, 20. Jan. Vielfach machte den beiden ersten Commissionen der Ministerconferenz die Bildung der drei Gruppen, unter welche die Kleinstaaten gebracht werden sollten, zu thun. In der Freitagssitzung ist man nun endlich übereingekommen, die erste Gruppe aus den beiden Hessen und Baden, die zweite aus Nassau, Oldenburg, den beiden Mecklenburg, Braunschweig und den Hansestädten, und die dritte aus den übrigen Staaten mit Einschluß von Holstein, Luxemburg und Limburg zu bilden. Der Vertreter Nassaus war jedoch noch zweifelhaft, welche Gruppe er seiner Regierung anrathen solle, wie denn überhaupt die Stelle der einen oder andern Regierung nach den etwanigen Wünschen derselben vielleicht später abgeändert werden dürfte. Dinehin hat Alles noch keine definitive Bedeutung, solange nicht die Regierungen ihre Zustimmung zu der Organisation des executiven Bundesrathes gegeben. Sie sind nun eingeladen, ihre desfalligen Erklärungen bis zum 2. Febr. hierher gelangen zu lassen. Das Plenum wird nun auf 77 Stimmen kommen, da man Oesterreich sowohl wie Preußen künftig zehn Stimmen in demselben einräumen will. Es versteht sich, daß auch Dies noch der Entscheidung der Regierungen unterliegt. — Daß nun dennoch und zwar so rasch die preussische Einladung zur Beschickung des Zollcongresses in Wiesbaden erfolgt, hat die hiesigen Anhänger des österreichischen Zoll- und Handelsvereinigungsprojectes durchaus nicht entmuthigt; vielmehr hegen sie die beste Hoffnung, daß dasselbe doch noch durchgehen werde. Wenigstens, meinen sie, könne kein Staat es verhindern, daß der künftige Bundesstag die Sache in die Hand nehme, da er hierzu nach Art. 19 der Bundesacte nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe. Soviel ist indessen gewiß, daß auf dem Wiesbadener Congresse nur einige der dringendsten Gegenstände zur Berathung kommen werden, und rechnet man hierzu namentlich die Herabsetzung des Transitozolls auf 5 Sgr. Auch hat man sich von Seiten der hiesigen Konferenz entschieden allgemein für die Aufhebung des Zollzolls ausgesprochen. — Daß über Aufstellung einer Bundesarmee schon hier ein Beschluß gefaßt worden, ist falsch; auch gewiß, daß sie weniger als 130,000 M. betragen werde. Ebenso unbegründet ist die Nachricht einiger Blätter, daß Baiern im Plenum eine Stimme mehr erhalten solle. — Ueber die schleswig-holsteinische Angelegenheit enthalten die Zeitungen auch viel Falsches. Einmal ist von neuen schiefen Stellungen des preussischen Commissars gegenüber dem österreichischen durchaus keine Rede; beide handeln im Namen des Bundes und beide sind, gleich ihren Regierungen, auch unter sich vollständig einverstanden. Auch ist die Aufgabe der Commission nur die, den Status quo vor dem Kampfe im Jahre 1848 herzustellen, und es ist dann die Aufgabe des Deutschen Bundes (die hiesigen Conferenzen werden Das gar nicht vor ihr Forum ziehen), die Stellung Schleswigs und die rechtlichen Beziehungen Holsteins zu demselben zu ordnen, was dann wahrscheinlich auf dem Wege der Verständigung mit Dänemark oder in Verbindung mit den übrigen Großmächten geschehen wird. — Die nächsten Sitzungen der beiden ersten Commissionen werden der schwierigen Frage über die Bestimmung des Wirkungskreises der beiden Bundesgewalten gewidmet sein.

— Das berliner Correspondenz-Bureau vom 21. Jan. sagt: Es ist immer weniger zu erkennen, welches Gewicht die österreichische Regierung auf das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelsvereinigung legt. In wohlverstandener Interesse agitirt Oesterreich für das Zustandekommen dieser Einigung, weil sie für die Regulirung seiner Finanzen eine Lebensfrage ist. Kann es nun auch nicht bestritten werden, daß die österreichischen Vorschläge Vortheilhaftes für den einen oder den andern süddeutschen Staat bieten würden, wenn eben das österreichische Papiergeld nicht wäre, so ist für den Norden Deutschlands das Eingehen auf jene Pläne rein unmöglich. Es kann durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß auch unsere Regierung weit entfernt ist, jene Propositionen zu berücksichtigen, und man wird sicherlich auch alle nachtheiligen Vermittelungsvorschläge bei Seite lassen. Der Art. 11 der Bundesacte enthält den Passus: „Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch, in keine Verbindungen einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären. Kann nun vom Bundesstandpunkte aus die Sicherheit des Bundesstaats Oesterreich nicht für gefährdet angesehen werden, wenn ihm die Mittel nicht geboten werden, sein Papiergeld außer Landes zu stationiren, so wird man gegen bestehende oder zu gründende Steuer- und Zollvereine innerhalb des Bundes nichts einwenden können. Der im Art. 19 der Bun-

desacte und beziehungsweise im Art. 65 der Wiener Schlußacte gemachte Vorbehalt einer Berathung über Handel und Verkehr ändert nichts und es bleibt zweifelsohne der preussischen Regierung das Recht, sich auf gar keine Handels- und Zollvereinigung einzulassen.

Die Instruction, die Hr. v. d. Pfordten für die Verhandlungen in Dresden hinterlassen hat, weisen Baiern noch immer den Standpunkt an, von welchem aus bei einem Eingehen auf das zwischen Preußen und Oesterreich vereinbarte Directorium doch eine Volksvertretung neben dieser Bundesgewalt festgehalten werden soll. Daß sich Hr. v. d. Pfordten mit dieser Forderung in keinerlei Einverständnis mit Oesterreich befindet, wird allseitig einleuchten. Man machte in Dresden österreichischerseits Hr. v. d. Pfordten vielfach den Vorwurf, „er unterhalte Verbindungen mit der demokratischen Partei“.

Schleswig-Holstein.

△ Aus Holstein, 19. Jan. (Abends.) Die Conferenzen der Commissionare, zu denen nun auch der General Bardenheist zugezogen, sind heute für mehre Stunden fortgesetzt worden, und dem Vernehmen nach sind der Differenzen eine bedeutende Anzahl. Dänemark verlangt eine gänzliche Trennung Schleswigs von Holstein und will ersteres Herzogthum ohne jede Einmischung von Seiten Deutschlands regieren; es will, da Schleswig nicht zum Deutschen Bunde gehört, jede Einmischung des letztern zurückweisen und die Regelung und Regierung daselbst aus eigener Machtvollkommenheit führen, ja, es bestreitet dem Bunde jedes Recht, darüber mitzusprechen zu wollen. Es besteht deshalb auf Räumung der Festung Friedrichsort und Besetzung derselben durch dänische Truppen, und da nach seiner Behauptung auch Rendsburg zu Schleswig gehört, dieser Punkt jedoch vom Bunde bestritten wird, vorläufig auf einer Mitbesetzung dieser Festung, die aus gleichen Theilen von Bundesstruppen, vorzüglich Oesterreichern, und Dänen besetzt werden soll. Für Holstein verlangt es eine getrennte Verwaltung und die Einsetzung einer Regierung im Namen des Königs von Dänemark, die Einberufung der holsteinischen Prälaten und Ritterschaft, denen es eine Verfassung für dieses Herzogthum vorlegen will, die Befestigung des Staatsgrundgesetzes von 1848 und aller neuen Gesetze und die Einführung der alten, vor dieser Zeit geltenden. Daß diese Forderungen den höchsten Gipfel von Anmaßung erreichen, bedarf keiner Versicherung und man ist deutscherseits durchaus nicht willens, darauf einzugehen. Es wird uns vielmehr versichert, daß Oesterreich sehr streng an dem Bundesrecht hält und nichts zugeben will, was gegen dieses verstößt. Was Rendsburg betrifft, so besteht Oesterreich fest darauf, daß dieses zu Holstein gehört und daß die Besatzung nur aus Bundesstruppen bestehen soll, ferner, daß, soweit es thunlich, die Verbindung der Herzogthümer in vielen Institutionen aufrechterhalten werden soll. Sogar soll sich Dies soweit erstrecken, daß es einer politischen Verbindung mit getrennter Verwaltung und Verfassung gleichkäme. Vor allen Dingen soll aber die Verbindung der Zolllinie Schleswigs mit Dänemark aufgehoben und dafür die mit Holstein wie früher hergestellt werden. Für Holstein ist gleichfalls eine bedeutende Anzahl von Differenzen vorhanden und voraussichtlich werden die Unterhandlungen eine geraume Zeit währen, wenn es nicht noch sehr fraglich ist, ob überhaupt etwas Definitives zustandekommt. In diesem Falle dürfte Holstein von den beiden deutschen Commissionen im Namen des Deutschen Bundes regiert werden, nach den jetzt bestehenden Institutionen. Jedenfalls wendet Dänemark alle erdenklichen Mittel auf, um sich für seinen Kriegsverlust zu entschädigen; sehr zweifelhaft ist es jedoch, ob ihm Dies auch nur im entferntesten gelingen wird.

Deutschland.

Berlin, 21. Jan. Peter Minus, der bürgerliche Rechenmeister, hat ein neues Schriftchen soeben erscheinen lassen, ein „Vertrauliches Sendschreiben an seinen Vetter Michel, betreffend den Eid auf die Verfassung“. Dem bürgerlichen Rechenmeister sind die Befürchtungen der Bauern zu Ohren gekommen, „daß Alles nur Spas gewesen mit den Wahlen, den Ablösungen und der Grundsteuer, es werde Alles beim Alten bleiben, und die Verfassung sei schon so gut wie abgeschafft“. In seiner bekannten Weise, mit Hilfe von Bibelstellen geschickt und witzig gegen die Junker, ihre Zeitung und ihre Schriftsteller, namentlich auch gegen Bülow-Gummerow polemisirend, kommt er zu dem beruhigenden Resultat, daß der Eid, den der König auf die Verfassung geschworen hat, jede Befürchtung grundlos erscheinen lasse. (Corr.-B.)

Altenburg, 19. Jan. Zur Bethelligung an der in diesem Jahre in London stattfindenden Industrieausstellung haben sich bisher zwölf Theilnehmer aus dem Herzogthum Altenburg gemeldet. — Vor- schussklassen für Gewerbetreibende wurden in letzter Zeit in Schmölln, Eisenberg und Gesehitz, Sparcassenvereine in Schmölln und Neufels- wig, Begräbnisklassen bei den verschiedenen Gemeinden in den Städten des Landes errichtet. Allen diesen gemeinnützigen Anstalten wurden lan- desherrlicherseits die Rechte milder Stiftungen verliehen. — Die durch das ansehnliche Rother'sche Vermächtniß angeordnete und möglich ge- machte Erbauung einer Leichenhalle in der Residenz ist im vorigen Jahre vollständig ins Werk gerichtet, und damit ist nun die Füglichkeit gebo- ten, theils solche Gestorbene, bei denen die Möglichkeit eines Scheintodes obwaltet, sauzunehmen und von der anliegenden Wächterstube aus ge- nau beobachten zu lassen, theils aber und vorzüglich solche Leichen unter- zubringen, welche im Sterbehause wegen beschränkter Räumlichkeit, Ge- fahr der Ansteckung und ähnlicher Ursachen nicht wol bis zur Beerdi- gung behalten werden können. — Geistliche und Rittergutsbesitzer sind auf das Ministerium nichts weniger als gut zu sprechen, weil das- selbe, freilich auf Antrag der Landschaft, aber doch immer noch über diesen Antrag hinaus, die Steuerfreiheit der geistlichen und Ritter- güter mit einem Federstrich aufgehoben und den Berechtigten keine Ent- schädigung gewährt hat. Alle Bemühungen, eine solche Entschädi- gung zu erwirken, sind bisher fruchtlos geblieben.

Braunschweig, 16. Jan. Eine gestern Abend abgehaltene Ver- sammlung des Volksvereins hat folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Es werde der Vorstand ermächtigt, den Verein bei dem Einrückten der Dester- reicher und für die Dauer ihrer Anwesenheit zu vertagen; 2) das Er- scheinen der „Blätter der Zeit“, des Organs der demokratischen Partei, solle (was beantragt wurde) nicht sistirt werden, man erwarte vielmehr, daß die Zeitung ganz in der bisherigen entschiedenen Haltung forterschrei- nen werde; 3) der Vertagung des Vereins solle eine offene Erklärung vorhergehen, daß der Verein nicht aus Furcht sich zurückziehe, sondern daß er, fest entschlossen, bei seinen ausgesprochenen Grundsätzen zu be- harren, jenen Schritt nur thue, weil bei etwaiger Gewalt eine Oppo- sition ebenso unmöglich als nutzlos, ja sogar verderblich sein würde. Außerdem beschloß die Versammlung noch, alle Bürger dringend aufzu- fordern, bei einem etwaigen Einrückten der Desterreicher nicht nur selbst in ihren vier Pfählen zu bleiben, sondern auch ihre Kinder, Dienstboten und sonstige Untergebenen auf das strengste zu Hause zu halten und die- selben an jeder Demonstration zu verhindern.

Hannover, 19. Jan. Die Stimmung in Hannover, in Stadt und Land, ist eine dumpfe. Den Einmarsch der Desterreicher wird man bald eine Befehung des Landes durch die Desterreicher nennen dürfen; in mehren Städten, in Hildesheim, in Göttingen, sogar in Han- nover selbst, haben die Desterreicher auf ihrem Durchzuge die Thorwa- chen mit besetzt. Der Unwille im Lande ist allgemein; die Ansichten über den Grund dieser ganzen österreichischen Truppenbewegung sind hier und dort mehr oder weniger klar; aber daß die Pacificirung Holsteins der alleinige Grund nicht sein könne, davon überzeugt man sich täglich gewisser. Die öffentliche Ruhe ist bis jetzt im Lande wie in der Haupt- stadt noch nicht gestört; aber gegen die Gedrücktheit der Stimmung bil- det es einen grellen Gegensatz, daß in der Residenz von höchster Stelle den Fremden glänzende Diners gegeben und Serenaden angenommen werden. Das Ministerium Münchhausen hat einen lebensgefährlichen Stoß durch die Ereignisse der letzten Wochen bekommen. Wenn das jeztige Ministerium zurücktreten sollte, so würden wir ein entschiedenes Junkerministerium bekommen, welches die Desterreicher zum Schutze hat. Selbst die blindesten Verehrer Stüve's sehen jetzt ein, daß sein unerhör- ter Eigensinn auch in Sachen der auswärtigen Politik die schlimmen Situationen, in welchen sich das hannoversche Land befindet, vorbereitet hat. — In diesem Augenblicke zieht die Avantgarde der zweiten Abthei- lung Cavalerie in unsere Stadt ein, um sich wie die erste, Chevaux- legers Windisch-Grätz, in der nächsten Umgebung der Stadt einzu- quartieren.

Oesterreichische Monarchie.

Brody, 12. Jan. Das vier Stunden von Brody entfernte Städt- chen Solosza ist am Neujahrstage der Schauplatz trauriger Excesse gewesen, die wir umso mehr bedauern, als deren Urheber Leute waren, denen die Wahrung der Ruhe und der öffentlichen Sicherheit, der Schutz von Leben und Eigenthum gegen ungerechte und anmaßende Gewalt übertragen ist, und die einem Institute angehören, dessen Errichtung mit Freude begrüßt wurde: Leute der Landesgendarmarie. Am Neujahrstage kam ein Jude ins Haus eines Dekonomen zu Solosza, um ihm zum Jahreswechsel Glück zu wünschen und eine verjährte Schuld geringen Betrages zu fordern. Der Gläubiger wurde drohend von der Thür ge- wiesen, und als er zu gehen zögerte, mit Ohrfeigen bewirthe und beim Barte herumgezerrt; Flehen und Schreien waren vergebens, ungeachtet diese Scene einen dritten Zeugen in einem Freunde des Dekonomen, der zugegen war, hatte, und der Jude konnte sich und den heilig gehaltenen Bart nicht anders retten, als indem er seinen Peiniger ins Faust- gelenk biß. Weiderseitiges Schreien rief die in jenem Orte unter dem Commando eines Corporals dienstthuenden Gendarmen zusammen, die beide Excedenten verhafteten, um sie in das Dominium zu bringen; da- eilte der Freund des Dekonomen zum Mandatar, um ihn zur Befreiung desselben zu veranlassen. Dieser ging zu einem durch vielfache Acte der

Willkür bezeichneten Oberaufseher der Finanzwache, holte mit diesem kampflos den commandirenden Corporal der Gendarmen ab, um „den Juden Moses zu lehren“. Richtig trafen die Vier den von der Gen- darmierpatrouille escortirten Juden und Dekonomen, der alsobald in Freiheit gesetzt wurde, während der arme Jude arg mißhandelt in die Kaserne gebracht und da so maltraktirt wurde, daß sein Schrei eine Men- schenmenge vor der gesperrten Kaserne versammelte. Die beiden Chefs der bewaffneten Macht jenes kleinen, von Militär ganz depouillirten Städtchens, der Finanzoberaufseher und Gendarmencorporal haben kaum die Menschenmasse gesehen, als sie: „Haut ein!“ befahlen. Denken Sie sich eine Versammlung, einen Knäuel friedlicher, von Neugier und Mitleiden bewegter Menschen, auf die unversehens mit blanker Waffe eingehauen wird! Denken Sie sich die Verwirrung, die Bestürzung, den Tumult, mit dem man auseinanderstiebt! Außer mehren mehr oder min- der ernstlichen Verwundungen ist ein junges jüdisches Mädchen in Folge einer Verletzung Tags darauf gestorben, und der Leichnam wurde sectir. Eine freisamliche Commission ist zur Ergründung der Thatumstände herabgelangt, und wir wollen hoffen, daß den Schuldigen die Strafe erteilt wird. Die Hauptmuhltaanten sind auch schon nach Larnopol abgeführt worden. (Lloyd.)

— Im pesther Militairdistrict ist das Standrecht publicirt worden. — In Pesth haben, wie das Localblatt meldet, zwei zwölfjährige Knaben einen dritten Knaben aus Rache auf ihr Zimmer gefockt und ihm Syrup und Vitriolöl gewaltsam in den Mund geschüttet. Das Kind ist dem Tode nahe, die beiden jungen Verbrecher sind bereits dem Cri- minalgericht überliefert worden.

Schweiz.

Ein Schreiben aus Bern in der Basler Zeitung sagt über den Arzt Bassewitz, dessen Ausweisung eben im Jura zu Unruhen Anlaß gegeben: Dr. Bassewitz ist ein Israelit aus Frankfurt a. d. O., politischer Flüchtling aus den dreißiger Jahren. Dieser Mann war seit Jahren im St. -Immerthal wohnhaft, dort sehr beliebt, politisch mit den vielen Radicals eng verbunden. Er war nur von Jahr zu Jahr mit Toleranz angefassen, ohne Heimatschein, wie ihn das Gesetz verlangt. Er hatte sich politisch ganz und gar nicht passiv verhalten, sondern sich an den badischen und neuenburgischen Umwälzungen, wie allgemein ange- nommen wird, theilhaftig. Die conservative Partei im Lande wünscht allgemein, daß Fremde ohne Papiere weggelesen werden, damit wir nicht wie bisher innere und äußere radicale Propaganda haben, und nicht Heimatlose erhalten. Gegenüber dieser Volksstimme kamen locale Petitionen aus dem St. -Immerthale und Biel, mit mehr als 1800 Un- terschriften, für Nichtausweisung von Bassewitz, welchem die letzte Frist auf den 15. Jan. gesetzt und bereits ein Paß ausgestellt war.

— Der Große Rath von Genf hat in geheimer Sitzung beschlossen, das Verhör mit dem Franzosen Schnepf, der sich als Spion und Agent- Provocateur ausgewiesen haben soll, in seinen Verhandlungsblättern veröffentlichen zu lassen. Die Revue erblickt darin eine Art Repressalie gegen die Verdächtigungen, die über den genfer „Revolutionsherb“ in die Welt hinausgeschleudert worden seien. Schnepf hat im Verhör er- klärt: Die Beunruhigung unserer (französischen) Regierung kommt daher, daß ihr so viel schlechte Bürger habt, von denen sie unablässig mit Märchen gegen euer Land unterhalten wird.

Italien.

Turin, 15. Jan. Es ist in den letzten Tagen hier viel von einer bevorstehenden Ministerkrisis gesprochen worden, die auch wirklich im Anzuge war, aber glücklicherweise vorübergegangen ist, ohne das turiner Cabinet zu modificiren. Wir sagen glücklicherweise, denn selten dürften sich eine so große Uebereinstimmung und ein so entschiedener Wille, das Land im Geiste der Constitution zu regieren, wie sie im gegenwärtigen Cabinet im Einverständnis mit dem Könige herrschen, wiederfinden las- sen. Die Gerüchte hinsichtlich der Modification des Ministeriums er- regten deshalb eine allgemeine und lebhafte Besorgniß im Publicum. Es handelte sich um nichts weniger als um das Ausscheiden des Jus- tizministers Grafen v. Siccardi aus der Regierung. Thatsache ist, daß drei seiner Collegen, die wir nennen könnten, sich dafür ausgesprochen hatten, Hrn. v. Siccardi fallen zu lassen, und damit die wesentlichste Ver- bindung einzugehen, welche der päpstliche Hof im Einverständnis mit der Regierung der französischen Republik zur Schlichtung der sardinisch- römischen Angelegenheit aufgestellt hat. Dem Umstande, daß der Advo- cat und Deputirte Ratazzi, der talentvollste Führer des linken Centrum, das zwei mal ihm angetragene Justizportefeuille ablehnte, ist es zunächst zuzuschreiben, daß Hr. v. Siccardi zur Stunde noch das Justizministerium verwaltet. In ministeriellen Kreisen hören wir nunmehr ziemlich allge- mein die Annahme aussprechen, daß das neugebildete Cabinet zu Pa- ris den wieder aufgenommenen sardinisch- römischen Negotiationen eine neue Wendung geben möchte und daß sich das dauerndere Verbleiben des Hrn. v. Siccardi auf seinem Posten als sehr wahrscheinlich betrach- ten lasse. — Eine andere Besorgniß nicht minder ernstlicher Natur wird durch die Unzufriedenheit der Kammermajorität über den neulich zwischen Sardinien und Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag erregt. Die- ser Vertrag, welcher in den nächsten Tagen zur Debatte in der Depu- tirtenkammer kommen soll, bietet unfreilich dem Handel und der Indu- strie Frankreichs so bedeutende Vortheile, daß er mit dem Princip der Reciprocität in strictem Widerspruche steht. Man ist deshalb auf eine

fürmif- tum en- ist der- nister- dern u- tionab- Die G- kamme- man d- der ob- sen la-
eine g- an die- lerhöc- nen, k- Die R- Blumen- sind no- dessen- am Ge- was a- gehören- hofmei- Opferg-
P- D- Lanju- dement- trauen- an. A- erklärt,- glieder- forität- antwort- ja der- und M- freulich- gleichgü- republik- pfern u- er erlun- dienste, Man h- nennt v- freitliche- Freunde- dement- seinem- nalsouve- wir ein- Diese- rung, d- allerdings- hat wed- erfunden- schaffung- eine Pre- des Lan- zeugt, da- Daher n- rungen- Regierung- schwöru- publik- wenig B- unfähig- rungen e- Die- Zeit auf- Minister- sene, geg- Etc. Ven- Ministeri- spricht da- er wolle- rität wir- das Ame- Man für- Das An- schwerden- das Min-

stürmische Debatte gefaßt. Wenn dieselbe mit einem mißgünstigen Botum endet, d. h. wenn die Kammermajorität den Vertrag verwirft, so ist der Rücktritt des Handelsministers, Hrn. v. Cavour, und des Ministers des Auswärtigen, Hrn. v. Azeglio, nicht nur wahrscheinlich, sondern unzweifelhaft und unvermeidlich. Sie wissen, daß die pariser Nationalversammlung den in Rede stehenden Vertrag bereits votirt hat. Die Folgen eines antiministerlichen Votums von Seiten unserer Wahlkammer würden sich für jetzt gar nicht absehen lassen. Inzwischen darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Kammer in Betracht der obwaltenden Verhältnisse nicht zu extremen Schritten werde hinführen lassen.

Spanien.

Madrid, 9. Jan. Vorvorgestern, am Heiligen Dreikönigstage, war eine große kirchliche Feier in der Schloßkapelle der Königin. Es ist an diesem Tage nämlich Sitte, daß die spanischen Monarchen dem Allerhöchsten, wie einst die Weisen aus dem Morgenlande, in drei silbernen, künstlich gearbeiteten Gefäßen Gold, Weihrauch und Myrrhen opfern. Die Königin trug bei dieser Gelegenheit ein Illaseidenes, mit silbernen Blumen besticktes Kleid und schwarzen Schleier. Kleid und Schleier sind nach der kirchlichen Feier dem Herzoge v. Hjar übergeben worden, dessen Familie das alte Recht hat, den Anzug der Königin, den diese am Heiligen Dreikönigstage in der Kirche trägt, für sich zu verlangen, was auch seit länger als 300 Jahren immer geschieht; diese Anzüge gehören zu dem Familienschatz des Herzogs und werden von dessen Haushofmeister jedem Fremden gezeigt. Die drei silbernen Gefäße mit der Opfergabe schenkt die Königin an Kirchen, wie sie es für gut befindet. (Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 18. Jan.

Die Nationalversammlung beendete heute die Debatte über den Lanjuinais'schen Antrag. Sie nahm, wie bereits mitgetheilt, das Amendement Ste.-Beuve („Die Versammlung hat zum Ministerium kein Vertrauen und geht zur Tagesordnung über“) mit 417 gegen 278 Stimmen an. Aus der Debatte bemerken wir Folgendes: General Cavaignac erklärte, er wolle für den Minoritätsantrag der drei republikanischen Mitglieder der Kammer sprechen. Als der Bruch zwischen Glysé und Majorität begann, fragten ihn einige Freunde, was er davon hielte. Er antwortete, er könne bei dieser neuen Stellung sich einer Zurückhaltung, ja der Kälte selbst nicht erwehren. Die Eintracht zwischen Majorität und Ministerium schien seiner Partei wegen der Resultate nicht sehr erfreulich. Auch bei einem Kampfe kann ihr Sieger oder Bestiegter nicht gleichgültig sein. Der gegenwärtige Conflict entstand nicht zu Gunsten republikanischer Ideen. Er kann nicht wählen zwischen beiden Kämpfern und will über die Geschichte der zwei letzten Jahre schweigen. Aber er erinnert sich an die Anschließung aller Republikaner vom Staatsdienste, er erinnert sich an das Unterrichts- und an das Wahlgesetz. Man hat die Revolution von dieser Tribune eine Katastrophe genannt und dadurch zwischen Republikanern und Majorität eine unübersteigliche Schranke aufgebaut. Mit dieser Gesinnung traten er und seine Freunde in die Commission. Vor zwei Wochen hätte er noch das Amendement Ste.-Beuve unbedingt angenommen. Nicht so seit Berryer mit seinem Prätexten aufgetreten, bei dessen Erscheinen schon die Nationalsoverainetät verschwinden soll. Eins hat diese Rede dargestellt, daß wir einem Tage entgegengehen, wo man Alles in Frage stellen will. Diese Theorie nehmen wir nicht an. (Bewegung.) Denn eine Regierung, die ihr Princip discutiren läßt, ist todt. Die Constitution hat allerdings den Fall ihrer Revision vorausgesehen, aber die Constitution hat weder die Nationalsoverainetät noch das allgemeine Stimmrecht erfunden. Sie ebenso wenig und Niemand hat das Recht zu deren Abschaffung. (Beifall links. Bewegung.) Wenn Hr. Thiers die Republik eine Probe, einen Versuch nennt, so hat er damit für die Beruhigung des Landes weniger als nichts gethan. Er und seine Partei sind überzeugt, daß in der republikanischen Form allein das Heil des Landes ist. Daher müssen einer Lösung in Gemeinschaft mit der Majorität Erklärungen vorausgehen. Wir wollen die Republik, die Majorität andere Regierungsformen, daher der Zwiespalt. Er klagt Niemand einer Verschönerung an, aber die Majorität will durch Verschlechterung der Republik zur Monarchie kommen. Zu welcher? Das Kaiserthum findet wenig Beifall. (Gelächter.) Die andern Monarchien gingen an Lebensunfähigkeit zugrunde. Der Redner erklärt sich nach diesen Verwahrungen eventuell für Ste.-Beuve's Amendement.

Die Gesamtdenbatte wird geschlossen. Die Sitzung wird kurze Zeit aufgehoben. Mehrere Stimmen verlangen einfache Tagesordnung. Minister Baroche erklärte sich nach einer Debatte, wie die eben geschlossene, gegen dieselbe. Die Priorität wird verlangt für das Amendement Ste.-Beuve: „Die Versammlung erklärt, daß sie kein Vertrauen zum Ministerium habe, und geht zur Tagesordnung über.“ Hr. Berryer spricht dafür, Hr. Lamartine dagegen. Minister Baroche kündigt an, er wolle das Wort, wenn die Priorität angenommen werde. Die Priorität wird fast einstimmig angenommen. Dem Minister Baroche ist das Amendement nicht deutlich genug und Niemanden zufriedenstellend. Man könne das Cabinet nicht ohne den Präsidenten treffen. (Lärm.) Das Amendement Ste.-Beuve sei zweideutig, weil es nicht alle Beschwerden ausdrücke. So hätten die H. Berryer, Cavaignac und Thiers das Ministerium von verschiedenen Standpunkten angegriffen, sie könn-

ten also ohne Bosheit nicht gleich stimmen. (Furchtbarer Lärm.) Minister Baroche: Hr. Dufaure will sein persönliches Botum mit den Handlungen der jüngsten Vergangenheit motiviren. Hr. Cavaignac greift höher; Beide denken also verschieden. Endlich tabeln nicht Alle die Absetzung des Obercommandanten von Paris. (Lärm.) Er glaube doch wol, das Recht zu solchen Erklärungen zu haben, da es sich um ein coalirtes Botum handle. Hr. Thiers erklärt, es handle sich jetzt um ganz Anderes als die Neuzeit, es handle sich um ein Botum gegen wiederholte Angriffe. Minister Baroche meint, gerade dann müsse der Commissionsantrag angenommen werden. Es erfolgt hierauf die Abstimmung.

— Schon am 18. Jan. ging das Gerücht, daß der Präsident der Republik die angebotene Entlassung des Ministeriums nicht angenommen habe. Telegraphische Depeschen vom 19. Jan. bestätigen, daß das Ministerium bleibt. — Die Nationalversammlung will, so heißt es, dem General Lamoricière das Commando über die zu ihrem Schutze bestimmten Truppen übergeben. — Von Narvaez sagt man, daß er zum spanischen Gesandten in Paris bestimmt sei.

— Der Prinz von Capua, den der Minister des Aeußern, La-hitte, durch seine Bürgschaft vom Schuldenarrest rettete, ist mit Hinterlassung seiner sämmtlichen Schulden von hier durchgegangen.

Königreich Sachsen.

Dresden, 21. Jan. Die Sächsische Constitutionelle Zeitung enthält Folgendes: Soeben ist der neue Gesetzentwurf ausgegeben worden, welcher unter dem Titel „einige strafrechtliche Bestimmungen betreffend“, besonders gegen die Oppositionspresse gerichtet ist, wie man aus folgenden hauptsächlichsten Bestimmungen desselben erkennen wird. Mit Gefängniß bis zu einem Jahre ist zu bestrafen, wer durch Wort oder Schrift, oder bildliche Darstellung Andere zum Ungehorsam gegen die Geseze oder gegen obrigkeitliche Anordnungen, oder zur Verweigerung gesetzlich bestehender Abgaben oder Leistungen auffodert. Gleiche Strafe hat zu erwarten, wer durch öffentliche Mittheilung die Rechtsinstitute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums, oder die bestehende Staatsverfassung herabwürdigt, oder Handlungen, welche das Gesez verbietet, als ehrenvoll oder verdienstlich, oder Personen wegen Handlungen, derenthalb sie zur Verantwortung gezogen worden sind, als lobenswerth darstellt. Die drei letzten Artikel geben wir wörtlich:

Art. 5. Öffentliche Mittheilungen, durch welche die Regierung, öffentliche Behörden oder staatsrechtlich bestehende Körperschaften, oder einzelne Berufshandlungen dieser öffentlichen Organe einer tadelnden Kritik unterworfen werden, sind strafbar: a) wenn sie mit Erdichtung oder gefälschter Entstellung von Thatfachen verbunden sind; b) wenn dabei den genannten Organen Beweggründe oder Absichten untergelegt, oder Eigenschaften beigelegt werden, welche im Publicum Haß oder Berachtung gegen dieselben zu erregen geeignet sind. Die Strafe besteht in Gefängniß bis zu einem Jahre, und, wenn das Vergehen durch Reden vor einer zusammengewirkelten Menge verübt worden ist, bis zu zwei Jahren. Einem Antrags bedarf es zur Bestrafung öffentlicher Mittheilungen der gedachten Art nicht.

Art. 6. Wer zum öffentlichen Vergernisse in Wort, Schrift, oder bildlicher Darstellung sich über Gott oder göttliche Dinge, oder über andere Gegenstände der Verehrung einer bestehenden Religionsgesellschaft, oder über deren Lehren und Gebräuche herabwürdigende, verhöhrende oder verächtliche Aeußerungen erlaubt, ist mit Gefängniß bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

Art. 7. Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten hat zu erwarten, wer wissenschaftliche Nachrichten, welche im Publicum Besorgniß vor Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, des Friedens, oder der bürgerlichen Freiheit zu erregen geeignet sind, mündlich oder schriftlich ausstreut oder verbreitet.

Daß bei so allgemeinen Vorschriften wie in Art. 5 und 7 alle und jede Kritik und die Mittheilung jedes nur irgend nicht ganz verbürgten Gerüchts gefährlich wird, versteht sich von selbst. Ja nach den Motiven kommt es bei Art. 5 nicht einmal darauf an, daß die Ehre einer „Behörde, eines Ministers &c.“ verletzt worden sei: nein, es sollen auch solche Aeußerungen strafbar sein, „durch welche, ohne gerade die Ehre anzutasten, doch der Haß des Publicums erregt werden kann“ oder „durch welche die Achtung vor den Organen des Staats untergraben wird“. Was aber wird heutigen Tages nicht Alles darunter verstanden!

* Leipzig, 21. Jan. Nach Wieseenthal sind gestern abermals durch Hrn. G. Müller 200 Thlr. baar und drei Kisten Wäsche und Kleider und ein Sack Grütze von 69 Pfd. abgefendet worden; durch die H. Berger und Volgt 229 Thlr. sowie 34 Pakete Kleider, Betten &c.; durch die H. Th. Strube u. Sohn und Hrn. Friedrich Schuchard 363 Thlr. und 6 Louisdor Gold; durch Hrn. Heise 21 Thlr. und 20 Pakete.

Handel und Industrie.

* Leipzig, 21. Jan. Leipzig-Dresden 137 1/2 Br., 136 1/2 G.; Sächs.-Bair. 85 Br.; Sächs.-Schlesische 94 1/2 Br., 94 G.; Chemnitz-Riesaer 22 1/4 Br., 22 G.; Eßbau-Bitt. —; Magdeb.-Leipz. 209 Br.; Berl.-Anhalt. 96 1/2 Br.; Köln-Mind. 97 1/4 Br.; Fr.-B.-Nordb. —; Altona-Kieler 93 1/2 G.; Anhalt-Deßauer Landesb. Lit. A. 138 Br., 137 1/2 G.; Lit. B. 118 1/4 Br.; Preuß. Blantzh. 96 G.; Wiener Bank-Rot. 79 1/2 Br., 79 G.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Nordb. 36 1/2; 4 1/2 pr. Met. 63 1/2; 5 pr. Met. 72 1/2; Bfact. 1054; Loose 155, 87 1/2; span. 33; bad. Loose 32; kurb. Loose 30 1/2; Wien 92 1/4; lomb. Anleihe —.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlags-Handlung.
Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Duerstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. G. J. Schneider, Neustadt, Nr. der Brücke, Nr. 2).

Heute wurde ausgegeben:

Deutsches Museum.

Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben.

Herausgegeben von Robert Prutz und Wilhelm Wolffsohn.

Inhalt: Bellmann, A., der englische Stettenroman. — Guhrauer, G. E., Goethe in Karlsbad. I. — Koenig, S., Metamorphosen eines angehenden Studenten. — Waldau, W., slavische Volkslieder aus Oberschlesien. I. — Kahlert, A., ein ungedruckter Brief Schillers. — Literatur und Kunst. — Correspondenz aus: Berlin, Wien und Dresden. — Uebersicht der Tagesereignisse.

Das Museum erscheint jährlich in 24 Heften, welche regelmäßig am Anfang und in der Mitte eines jeden Monats ausgegeben werden. Je 12 Hefte bilden einen Band, zu welchem ein Titel und vollständiges Inhaltsverzeichnis geliefert wird.

Pränumerationspreis vierteljährlich 3 Thlr.

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen an. Leipzig, am 15. Jan. 1851.

J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

Im Verlage von Johann Ulrich Landherr in Heilbronn und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes zu haben:

Neueste und bewährte Entdeckung,

wie neben dem Gebrauche einiger weniger Medicamente und einem angemessenen Verhalten durch das bloße süße Brunnenwasser, die Folgen der Selbstbefleckung, die unwillkürlichen nächtlichen Saamenergießungen und der weiße Fluß auf das gründlichste und zuverlässigste geheilt und die geschwächten Kräfte der Mannheit zu dem höchsten Grade der Vollkommenheit gebracht werden können. Durch Erfahrungen und untrügliche Proben verbürgt.

Zur Belehrung für Aeltern und Lehrer.

Fünfte verbesserte Original-Ausgabe.

8. Broschirt. Preis 2 Fl. 15 Kr. oder 1 Thl. 8 Ngr.

Vorstehende Schrift, von welcher bereits fünfzehn starke Original-Auslagen in 30,000 Exemplaren, und mehrere Uebersetzungen veranstaltet worden, ist so bewährt, daß keine weitere Anpreisung nöthig sein wird. Viele Tausende nahe und fern verdanken ihr vollkommene Genesung, da die Heilmittel, welche sie angibt, die einzig wahren sind, den innern Krankheitsstoff, der bis jetzt so oft unheilbar geblieben, völlig zu beseitigen.

Soeben ist in unserm Verlage erschienen und an alle Buchhandlungen versandt worden:

Handwörterbuch der reinen und angewandten Chemie,

in Verbindung mit mehreren Gelehrten herausgegeben von Dr. J. Liebig, Dr. J. C. Poggendorff und Dr. Fr. Wöhler, Professoren an den Universitäten zu Gießen, Berlin und Göttingen. Redigirt von Dr. Herm. Kolbe. Mit Kupfern und in den Text eingedruckten Holzschnitten. Gr. 8. Fein Velinpap. Geh. Erster Subscriptionpreis à Lief. 20 Ngr. (16 gGr.)

Fünfundzwanzigste Lieferung. (Band IV. Lieferung 6)

Supplement

zu dem Handwörterbuch der reinen und angewandten Chemie, herausgegeben von Dr. J. Liebig, Dr. J. C. Poggendorff und Dr. Fr. Wöhler, unter der Redaction von Dr. Herm. Kolbe. Subscriptionpreis à Lief. 20 Ngr. (16 gGr.)

Dritte Lieferung.

Braunschweig, Jan. 1851.

Friedrich Vieweg und Sohn.

Commissions-, Expeditions-, Verladungs- und Zucasso-Geschäft

errichtet haben. Wir übernehmen die Beförderung von Gütern nach allen Gegenden und machen wir besonders darauf aufmerksam, daß wir im Stande sind, Güter nach Ost- und Westpreußen sowohl per Gil- als gewöhnliche Fuhre aufs Billigste und Prompteste zu befördern.

Berlin, im Januar 1851.

B. Bernhardt & Comp.,
Alexanderstraße Nr. 52.

Brustreiz-Krankheiten.

Um die Brustkrankheiten, als: Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Reizhusten, Heiserkeit, gänzlich zu heilen, gibt es nichts Wirksameres und Besseres, als die Pâte pectorale von Georé, Apotheker zu Epinal (Vogesen). Diese Husten-Tabletten werden in Schachteln verkauft und sind in allen Städten Deutschlands, in Berlin bei Krantzler, Hofconditor unter den Linden, in Dresden bei Kresschmar, Hofconditor, in Hamburg bei Peimerdinger, Neuer Wall Nr. 28, in Leipzig bei Tillebein, Conditor in der Centralhalle zu haben.

13tes Abonnement-Concert im Saale des Gewandhauses zu Leipzig, Donnerstag den 23. Januar 1851.

Erster Theil. Ouverture „Die Waldnymphe“ von W. Sterndale Bennett. — Arie aus „Idomeneo“ von W. A. Mozart, gesungen von Frau v. Strantz. — Sinfonie-Concert (Nr. 2, H-moll) für das Pianoforte, componirt und vorgetragen von Herrn Henry Littolff. — Arie aus „Il Crociato in Egitto“ von Meyerbeer, gesungen von Frau v. Strantz. — Souvenir d'Enfance, Pensée musicale, Terpsichore,

Etude de Bravour, für Pianoforte allein componirt und vorgetragen von Herrn H. Littolff.

Zweiter Theil. Sinfonie (Nr. 5, C-moll) von L. van Beethoven.

Billets à 1/2 Thlr. sind in der Musikalienhandlung des Herrn R. Kistner und am Eingange des Saales zu haben.

Einlass 1/6 Uhr. Anfang 1/7 Uhr. Ende 1/9 Uhr.

Das 14. Abonnement-Concert ist Donnerstag den 30. Januar 1851.

Die Concert-Direction.

[175] Im Verlage von J. C. Brockhaus in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Felicitas.

Ein Roman

von Eliza Wille, geb. Gloman.

Zwei Theile.

12. Geh. 3 Thlr. 15 Ngr. [189]

Im Verlage des Unterzeichneten ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Lehrbuch

der gesammten Meßkunst

oder Darstellung der Theorie und Praxis

des Feldmessens, Nivellements und des Höhenmessens, der militairischen Aufnahmen, des Markscheidens und der Aufnahme ganzer Länder, sowie der geometrischen Zeichnungskunst.

Zum Unterricht und Selbststudium

bearbeitet von C. F. Schneidler, Civil-Ingenieur.

(Verfasser des Werkes: „Die Instrumente der höheren und niederen Meßkunst“.)

Ein Band in zwei Abtheilungen, mit 200 in den Text eingedruckten Holzschnitten.

Preis jeder Abtheil. 1 Thlr. Erste Abtheilung.

Die günstige Aufnahme, welche dem früher erschienenen Werke desselben Verfassers: „Die Instrumente der höheren und niederen Meßkunst“ (Ladenpreis 1 1/2 Thlr.) zu Theil geworden, wird dem vorliegenden Werke um so weniger entgegen, als es innere Gediegenheit mit splendider äußerer Ausstattung verbindet. Ein ausführlicher Prospectus ist in allen Buchhandlungen unentgeltlich zu haben. Die zweite und letzte Abtheilung erscheint binnen Kurzem.

Leipzig, im Januar 1851.

B. G. Teubner.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Vier Wochen auswärtiger Politik.

4 Bogen. 8. Geheftet 7/8 Sgr. Zweite Auflage.

Die erste Auflage war gleich nach ihrem Erscheinen in Berlin selbst vergriffen.

Berlin, 13. Jan. 1851.

Zeit & Comp.
25 Jägerstraße.

„Der Fackel“

(scheint jetzt das Fahrwasser anzugehen, oder wie einer Lokomotive die Kohlen; sie lebt nur noch von zehn mal „aufgewärmtem revolutionärem Koffi“ und von — Verdächtigungen. In ihrer Nummer vom 11. Januar sucht sie wieder ein bekanntes Gasthaus in Leipzig zu verdächtigen. Herr Advokat Gäbe, Sie schreiben anno so und so an Jemand: „Mit den Ministern ist wohl auszukommen, aber das übrige Geschmeiß“ — z. Bei der ersten Verdächtigung, welche Ihr Blatt bringt, wird einer jener auf „Papier mit Goldbrand“ geschriebenen Briefe veröffentlicht, um Sie Ihren gegenwärtigen hohen Gönnern, dem ehemaligen „Geschmeiß“ zu empfehlen. Wollen Sie dieses gefälligst merken.

J. G. Werner.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 22. Jan. (71. Abonnementvorstellung.) Das Thal von Andorra, romantische Oper in 3 Acten, nach dem Französischen des St. Georges, frei bearbeitet von L. Kellner. Musik von Galery.

(Mit einer Beilage.)

Die Russifizierung Polens.

Die eben jetzt wieder von vielen Seiten geltendgemachte Heiligkeit der Wiener Verträge hat zu derselben Zeit Rußland nicht verhindert, die durch jene Verträge feierlichst stipulirte Selbständigkeit Polens endlich bis auf die letzte Spur zu vernichten. Rußland hat in Polen das Ziel erreicht, auf das es unverrückt losstrenzte, und in dem Augenblicke, wo es dem alten Sarmatenreiche seine wenigen noch übrig gebliebenen nationalen Institutionen nimmt, wird das Interesse, welches das unglückliche Land früher dem westlichen Europa einflößte, nur schwach oder gar nicht erregt, weil alle Völker im eigenen Hause zu sehr beschäftigt sind und Polens Sache ihnen obendrein eine zu verlorene schon schien, um in dem letzten Stadium, in das sie getreten ist, noch Emotionen hervorzurufen. Gleichwol hat Polen wirklich erst vom Jahre 1851 ab aufgehört Polen zu sein und deshalb verdient der letzte Act im polnischen Drama wol einige Beachtung.

Mit starrer Consequenz ist Rußland in der Entnationalisirung Polens vorwärtsgeschritten und hat dabei vorneweg durch die alljährliche, umfassende gewaltsame Aushebung der Polen zum Kriegsdienst in russischen Regimentern jeden nationalen Widerstand unmöglich gemacht. Die Einverleibung Polens in das russische Zollgebiet ist das letzte Glied in der Kette, welche beide Länder umschlingt, von politischer wie handelsökonomischer Tragweite, und daneben vervollständigen die übrigen Maßnahmen, die von Petersburg aus über das drei mal getheilte Königreich verhängt werden, dessen Russifizierung. Angebahnt waren diese Maßnahmen schon lange, allein aus irgendwelcher Scheu vor der alten polnischen Nationalität suchte die kaiserliche Regierung das Herbe in denselben immer noch einigermaßen dadurch zu mindern, daß Polen dabei getrennt von Rußland, also selbständig verwaltet erschien. Dieser Standpunkt wurde noch festgehalten bei der schon vor einigen Jahren vorgenommenen Umarbeitung des polnischen Civilcodex, der für Polen allein gültig, sich nur in seinen Bestimmungen mehr dem russischen annähern sollte. Jetzt natürlich, wo Rußland die letzte Hand ans Werk legt, fällt das Alles dahin, und zu den in das bürgerliche Leben tiefeingreifenden Aenderungen, wie sie in Petersburg beabsichtigt werden, gehört gewiß auch, wenn vom 1./13. Juli d. J. ab an die Stelle der bisherigen polnischen Justiz der neue russische Codex tritt, durch welchen zugleich die russische Sprache zur alleinigen Sprache aller Behörden gemacht wird. Sämmtlichen polnischen Beamten ist eine einjährige Frist zur Erlernung der russischen Sprache gegeben und alle Diejenigen, die nach dieser Zeit derselben nicht mächtig sind, werden mit Halbsold entlassen. Die Einführung der russischen Sprache wird dabei ebenso sehr befördert als die Einführung der russischen Justizpflege, welche letztere sich für das Volk auf dem Lande durch die Abschaffung der bisherigen Dorfrichter besonders fühlbar machen wird. Diese alte polnische Institution, wonach der Edelmann unter der Oberaufsicht des Staats über die öffentliche Sicherheit der Gemeinde wacht und die niedrige Polizei ausübt, soll durch das strenge russische Polizeisystem ersetzt werden, von dem wenigstens der polnische Bauer bis jetzt noch keine Ahnung hatte.

Ebenso radical wie in Beseitigung der alten polnischen Justiz, verfährt die kaiserliche Regierung in ihren administrativen Maßregeln gegen Alles, was irgendwie den Nationalcharakter trägt. Demgemäß werden für den Landescreditverein andere Statuten entworfen, während die warschauer Bank jetzt schon aufhört, ein selbständiges Institut zu bilden und künftig nur als Filialanstalt der petersburger Bank figurirt. Gleiches geschieht die Verwaltung des Postwesens auf die russische Postverwaltung über, Warschau erhält ein kaiserlich russisches Hauptpostamt, das unter der Generalpostdirection in Petersburg steht und auf allen andern polnischen Stationsorten werden Postcomptoirs eingerichtet.

Die katholische Geistlichkeit Polens, welche sich der Natur der Sache nach von jeher in einer oppositionellen Stellung zu der kaiserlichen Regierung befand, bleibt von deren russificirenden Maßregeln begreiflicherweise auch nicht verschont. Die Einziehung ihrer liegenden Güter zu Gunsten des Staats soll in kürzester Zeit vorgenommen werden, was gegen die Regierung die Besoldung der Geistlichkeit in der Art übernimmt, daß sie die Gemeinden im Verhältnis ihrer Kopfzahl und ihres Vermögens hierzu verpflichtet. Wenn schon nun die katholische Kirche im Königreich Polen nicht unter der petersburger Synode steht, so ist es doch klar, daß sie in dem neuen, sie erwartenden Verhältnis ihre halbfreie kirchliche Stellung verliert und von der Regierung abhängig wird. Die steigende Unzufriedenheit des Klerus braucht aber die Regierung dabei nicht hoch anzuschlagen, indem die Entnervung Polens zu planmäßig verfolgt wurde, um einer nationalen Erhebung auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg zu lassen. Besser als die polnische Geistlichkeit soll unter den neuen Institutionen der polnische Adel wegkommen, dessen Theilnahme an dem Aufstande von 1830/31 der Regierung durch den Zwangsdienst in der russischen Armee nun für abgehülft genug hält und der, gleich dem russischen Adel, künftig vom Militärdienste befreit sein wird. Die wieder verschobene Robotaushebung kommt ebenfalls dem Adel zugute, auf den sie bei seinem noch immer beträchtlichen Besitz am schwersten gelastet haben würde. Daß der Bauer nach wie vor unter der alten Last bleibt, schlägt die Regierung weniger hoch an, wie denn

auch die von ihr beabsichtigte Colonisirung sämmtlicher Dörfer des Königreichs, wonach jedes Dorf eine lange Straße bilden muß, auf deren beiden Seiten die Häuser aufzuführen sind, weit weniger auf eine Verbesserung der Lage der Bauern hinausläuft, als vielmehr in den Mechanismus der russischen Staatsmaschine paßt, wo in den sogenannten colonisirten Dörfern die Handhabung des ausgeprägten Polizei- und Militärsystems viel leichter gemacht wird.

Nicht minder als das eigentlich polnische Element kam bei den russificirenden Bestrebungen der kaiserlichen Regierung auch das jüdische Element im Königreiche in Betracht, wobei, da vor allem die äußere Gleichförmigkeit beabsichtigt wurde, zunächst das jüdische Nationalkleid fallen mußte. Mochte diese Bestimmung für die jüdische Bevölkerung verlegend sein, so hatte dagegen die Regierung auch eine Vergünstigung in Bereitschaft; diejenigen Juden nämlich, welche im stehenden Heere die vorgeschriebene Dienstzeit erstanden haben oder invalid wurden, sind mit den sich in gleichen Fällen befindenden christlichen Soldaten zu gleichen Ansprüchen berechtigt. Auch ist solchen Juden das Recht der freien Ansiedelung in Warschau und den privilegierten Städten des Königreichs zuerkannt, Denzinsen aber von ihnen, welche Ackerbau treiben, die sogenannte Koschersteuer erlassen, wozu endlich noch die zugestandene Befähigung kommt zur Bekleidung der niederen Beamtenstellen bei den Staats- und städtischen Behörden.

Die Erhebung der russischen Sprache zur Unterrichtssprache in den höhern Lehranstalten und die fast ausschließliche Besetzung aller nur halbwegs bedeutenden Stellen durch russische Beamte beschleunigte schon längere Zeit die Russifizierung Polens, welche durch alle Maßnahmen der kaiserlichen Regierung zur vollendeten Thatfache wird. Einige dieser Maßnahmen unterdrücken die polnischen Nationalitätselemente geradezu, andere enthalten Vergünstigungen, einzelne davon materielle Verbesserungen, wie es der Regierung zur Erreichung ihres festgehaltenen Zweckes eben taugt. Die vornehmste und wirksamste aller dieser Maßnahmen bleibt jedoch die Zollvereinigung Polens mit Rußland, durch die das rebellische polnische Element den härtesten Schlag erhält. Wenn auch niedergehalten von den Bayonetten Rußlands, so blieb Polen bisher doch immer noch den Einflüssen und den politischen Ideen des westlichen Europa offen, welche, obwol langsam und vorsichtig, dennoch Gelegenheit genug hatten, durch unbemerkbare Kanäle in dem alten Sarmatenreiche auszumünden. Zwischen diesem und dem civilisirten Europa hat nun Rußland die fast undurchdringliche Schranke seiner Zolllinien aufgerichtet und damit Polen ebenso sehr aus der geistigen als aus der materiellen Berührung mit dem Auslande gerissen, denn das russische Douanensystem ist Douane, Polizei und Censur, Alles in Allem zugleich, eine moderne chinesische Mauer, hinter welcher Dinge vorgehen, die zu unserer Kenntnis nur unvollständig gelangen. Rußland verwendet ungeheure Summen auf seine Grenzbeachtung und übt dieselbe in einer Weise aus, welche deren politische Bedeutung nicht verkennen läßt; an den deutschen Grenzen, die Polen mit dem Westen Europas verbinden, tritt Dies noch deutlicher hervor und die geistige Absperrung wird daher für Polen besonders fühlbar. Die Grenzbeachtung würde der russischen Regierung noch weit mehr kosten, wenn sie nicht die Armee dazu verwendete und die Organisation überhaupt eine durchaus militärische wäre. Die zum Gendarmen bestimmte Mannschaft, alte, gediente, aus den Regimentern genommene und größtentheils verheiratete Soldaten, ist in Brigaden von 5—600 Mann eingetheilt, die immer von einem Stabs-offizier commandirt werden; an der Spitze der Grenzbeachtung steht ein General mit Stab und zahlreichem Offiziercorps. Jeder Schlagbaum ist von einem Unteroffizier mit zehn Mann besetzt, wo nebenbei auf der ganzen Grenzlinie in von Werk zu Werk errichteten Baracken Grenzaufseher stationiren, deren jeder eine doppelte Wache bei sich hat; auf eine Meile kommen im Ganzen 80 W. Wache. Durch diese in mehrfachen Linien sich wiederholende Kette von Wachen ist es unmöglich, unbemerkt zu gelangen, und etwaigen Bestechungen ist durch den fortwährenden Wechsel der Grenzbeamten vorgebeugt, sowie durch die für die Grenzbeachtungarmee getroffene Einrichtung, daß sich ein Theil derselben gewissermaßen beständig auf dem Marsche befindet. In kurzen Zwischenräumen von einigen Tagen löst immer ein Posten den andern ab, der abgelöste marschirt weiter, um auf der nächsten Station gleichen Dienst zu thun, nach kurzer Zeit von dem Nachrückenden wieder abgelöst zu werden und wieder weiter zu gehen, sodas zwischen dem so verwendeten Militair und der Grenzbevölkerung bei dem kurzen Aufenthalt nie ein vertrauliches Verhältnis entstehen kann; Keiner vom gesammten Grenzpersonal weiß im geringsten, wie lange er auf seinem Posten bleibt, denn die Ablösung erfolgt in unregelmäßigen Zwischenräumen und plötzlich ohne alle vorherige Ankündigung.

In materieller Beziehung bringt der neue nun auch auf Polen ausgedehnte Zolltarif dem polnischen Volke Vortheile und Nachtheile; letztere z. B. durch den bedeutend erhöhten Zoll auf Zucker, der künftig nur aus den russischen Runkelrübenzuckerfabriken, deren Schutz die Regierung besonders im Auge hat, zu beziehen sein wird; durch den ebenso erhöhten Zoll auf Reis, bei dessen Bezug man nun auf das ihn erzeugende südliche Rußland angewiesen ist. Im Ganzen ist der Zoll auf Colonialwaaren und alle Arten von Gewebe, letzteres zum großen Nachtheil für

die deutsche Industrie, mehr oder weniger erhöht wurden, für Maschinen, Kohlen, Baumwollengarn, überhaupt für Rohstoffe aber eine Ermäßigung eingetreten. Von entschiedenem Vortheil für Polen ist die erwähnte Erhöhung der Zölle auf Tuch, Pelzwärme und andere Gewebe, wodurch die einschlagenden polnischen Fabriken dem Auslande gegenüber in eine so günstige Lage gerathen, daß dieses wenig Hoffnung mehr zur Concurrenz hat.

Das letzte, eben jetzt erfüllte Schicksal der russisch-polnischen Lande zeigt neuerdings, daß die Regierung in Petersburg, sowohl es sich mit ihrem politischen Princip verträgt, dem materiellen Wohlstand der ihr unterworfenen Völker bereitwillig Rechnung trägt. Ob sie dabei ein Riesenreich von Jahrhunderte langer Dauer gründet oder sich in ihrer großen Staatsweisheit irrt, kommt zunächst nicht in Betracht; gegenwärtig überschattet eben das Glück die kaiserliche Regierung mit seinen reichsten Gaben, und was namentlich die Russifizierung Polens anlangt, so war der Augenblick dazu so gut gewählt, daß das übrige Europa den vollends gegen seine politischen und in weiterer Reihe gegen seine handelsökonomischen Interessen geführten Streich kaum bemerkt.

Deutschland.

Wien, 16. Jan. Die Wiener Zeitung brachte neulich ein Ereigniß. Es ist der Finanzausweis für das zweite Quartal 1850 (vom 1. Febr. bis 30. April). Der letzte Ausweis, über das erste Quartal (1. Nov. 1849 bis 30. Jan. 1850), erschien am 1. Juni, also vor einem halben Jahre. Seitdem stehen wir schon wieder im ersten Quartal des neuen Finanzjahres, und dadurch erhält die besagte Veröffentlichung und ihre Resultate ein im Wesentlichen mehr retrospectives Interesse. Wo sind wir und die unsere Finanzen beherrschenden Weltverhältnisse seit jener Zeit! Wie oft ist seitdem schon das Zünglein der Wage an Krieg und Frieden auf- und abgeschwankt! Wie oft haben die Börsen seitdem Revenzufälle gehabt, die officiellen Organe versichert, die Prosperität sei schon an der nächsten Ecke, und wie ernsthaft hat die Polizei und das Kriegsgericht nach dem unstäten Vagabunden „Credit“ gefahndet! Zuletzt steht doch das Agio wieder 30 Proc. und beim Licht betrachtet zeigt das zweite Quartal des Hrn. v. Krauß eine solche Familienähnlichkeit mit dem ersten, daß von den noch zu erwartenden kaum eine ernste Verschiedenheit zu erwarten ist. Dennoch ist das Ausland (Deutschland mit eingerechnet) in so großem Maße an unsern Anleihen theilhaftig, daß es wol der Mühe lohnt, die beiden letzten Quartalausweise in ihren einzelnen markanten Sätzen etwas näher zu vergleichen. Es scheint Dies umsomehr von Bedeutung, als die berühmte Kunst der Ziffergruppierung in ihnen so hoch getrieben ist, daß der prüfende Beschauer zuletzt mit Erstaunen vor seinem eigenen Schlusse stillsteht. So glücklich ist an das feste Zahlengerippe der eigentlichen Bilanz ein molluskenartig ausweichendes zweites Exposé gefügt. Was das erste betrifft, so lassen wir die markantesten Posten in beiden Quartalen einander gegenübergestellt in runden Ziffern folgen und knüpfen nur wenige Bemerkungen zur Ergänzung an.

	Einnahmen:	
	Erstes Quartal:	Zweites Quartal:
Grundsteuer	11,000,000 Fl.	12,500,000 Fl.
Häusersteuer	400,000 „	180,000 „
Erwerbsteuer	700,000 „	500,000 „
Einkommensteuer	109,000 „	79,000 „
Accise	5,250,000 „	ebenso.
Zoll	5,500,000 „	etwas geringer.
Salvregie	570,000 „	470,000 „
Tabak	3,500,000 „	etwas geringer.
Stempel fast	2,000,000 „	ebenso.
Sardin. Entschädigung	4,000,000 „	etwas mehr.

	Ausgaben:	
	Erstes Quartal:	Zweites Quartal:
Staatsschuldzinsen	11,500,000 Fl.	etwas weniger.
Schwebende Staatsschuld	1,000,000 „	fast gleich.
Hofstaat	1,500,000 „	2,000,000 Fl.
Ministerium des Aeußern	300,000 „	400,000 „
„ „ Innern	3,500,000 „	5,250,000 „
„ „ Krieges	31,000,000 „	30,000,000 „
„ „ Finanzen fast	4,000,000 „	4,250,000 „
„ „ Justiz	2,000,000 „	2,500,000 „
„ „ Handels	4,750,000 „	fast 8,000,000 „

Die Gesamtausgabe im ersten Quartal betrug nach diesem ersten Theile des Ausweises 62 Mill. rund, hiervon nach der Darstellung des Ministeriums 20 Mill. außerordentliche, wovon wieder 11 Mill. allein außerordentliche Kriegsauslagen. Die Einnahmen in toto 45 Mill., wovon 4 Mill. außerordentliche. Das Gesamtdesicit 18 Mill. Im zweiten Quartal die gesammte Ausgabe 66 Mill., hiervon „außerordentliche“ 23 Mill., davon abermals 17 Mill. als außerordentlich im Kriegsbudget. Die Gesamteinnahme 47 Mill. Gesamtdesicit 18 1/2 Mill. Man sieht, der Familientypus ist vollkommen. Aber was für eine trübe Predigt von Noth und Elend in den kurzen Worten: der Salgetrag um 1 Mill. Fl. weniger; während der Tabak nur unbedeutend weniger einbrachte. Und der Stempel, von dem man sich so Enormes versprach, nur 2 Mill., während das Argusauge des Gesetzes keine haar-

breite Spalte läßt, durch welche ihm ein Eigenthum übertragendes Geschäft entgegen könnte. Aber das beste Netz nützt nichts, wo die Fische gestorben sind.

Das Ministerium des Aeußern ist seinem aristokratischen Vornehmtum treugeblieben, während die andern Ministerien Posten für Posten ihre verschiedenen Ausgabebezüge vorzählen, sagt es über die Achsel weg nur, was es zu verbräuen gerührt hat. Der Hofstaat ist im blühenden Gedeihen. Unter Kaiser Ferdinand war er nach dem letzten Budgetvorschlag 3 Millionen jährlich; er war selbstem 1 1/2 Millionen, und ist jetzt 2 Millionen vierteljährlich, nicht acht Millionen im Jahre! Das Handelsministerium hat sich von 4 zu 8 Millionen befördert; es hat freilich eine kostbare Geliebte, die Semmeringbahn. Das Unterrichtsministerium und das der Landescultur sind dem Werth entsprechend bockst, den man auf ihre Ressorts legt; die Summen sind zu unbedeutend, um sie anzuführen. Soweit wäre also auch das Deficit der beiden Quartale festgestellt; 36 Mill. Fl. für beide zusammen, und wir zweifeln nicht, daß die meisten Angaben Dies gläubig wiederholen werden. Aber jenem ersten Theil fester und sicherer Ziffern folgt unter dem Ueberbachtitel: „Besondere Zuflüsse“ und deren „Verwendung“ eine zweite Exposition, die etwas genauer geprüft werden will. Sie enthält der Form nach eine punktweise Darstellung desjenigen Geldrevirements, durch welchen einestheils ein Theil der laufenden oder verfallenen Staatsverbindlichkeiten in andere convertirt worden, andererseits die Differenz zwischen Ausgabe und Einnahme, der Deficitsumme selbst anleihenweise gedeckt worden. Dieses Revirement beträgt in der Totalsumme der ausgegebenen neuen Schuldzeichen, als 5proc. Obligationen, 4 1/2proc. Anleihen, Münzscheine, viglietti del tesoro u. s. w., für das erste Quartal 65, für das zweite 37 Mill. Fl., zusammen 102 Mill. Die Verwendung derselben, zur Deckung der Deficite, und zur Convertirung älterer Staatspapiere verschiedener Art, betrug aber nach dem Ausweis, im ersten Quartal nur 55, im zweiten nur 37 Millionen, also 92 Millionen im Ganzen. Es sind also 10 Millionen übrig, deren Verwendung nirgend erscheint, und die nach der Schlussformel des zweiten Quartalausweises auch nicht mehr in Kasse sind, obwohl sie in dem Kassenbestand des ersten Quartals als Vorschüsse und Verläge richtig vorkommen. Das Deficit hat also ein Doppelgesicht, ein eingeständenes und ein zwischen den Zeilen zu lesendes. Summa, das erste Halbjahr 1850 schließt mit 46 statt mit 36 Millionen minus nach Adam Riese, und es bleibt für die nächsten zwei Quartale ein ähnliches Präliminar in Aussicht, und diese Moral ist immerhin die etwas trockene Auseinandersetzung oben werth. Man muß dergleichen menschlich betrachten; warum soll ein Finanzminister allein nicht das Recht haben, seine Auslage so gut als möglich aufzustellen? Vielleicht hat mancher ernsthaftige Mann den Kopf geschüttelt zu der Art, wie in diesen Blättern jüngsthin der Finanzminister als Frater Ignoramus wegen seiner letzten Bann- und Excommunicationsdecrete gegen die Börse angelassen wurde. Es ist eine gewiß genügende Rechtfertigung für uns, daß die Wiener Zeitung vom 4. Jan. ein officielles Geständniß gibt, daß das Ministerium selbst die unbedingte Abjuridat der auf der Börse getroffenen Maßregeln herausgefunden hat. Der Umstand ändert nichts daran, daß in dieser neuen Verordnung nur hinkende und halbe Mittel ergriffen werden, den Folgen jener Gewaltschläge auszuweichen. Man ist im Rückzuge, und der Gewalt der Dinge gegenüber wird man also soweit zurückgehen müssen, als man über dieses natürliche Maß hinausgesprungen ist. Man hat die Winkelfensale mit Schub und Recruitment decimirt und nun fährt man sie durch die Hintertüre wieder ein, daß die besetzten Sensale sich durch Agenten vertreten lassen dürfen. So wird das Ganze nichts als eine Besteuerung der bisherigen Geschäftsunterläufer zu Gunsten der privilegierten Sensale, und eben deshalb wird es auch davon abkommen.

Handel und Industrie.

Wien, 18. Jan. Aus der k. k. Staatsdruckerei wird nächstens eine Denkschrift über den neuen mit 13. Jan. 1851 in Wirksamkeit getretenen russisch-polnischen Zolltarif hervorgehen. Wir entnehmen aus den uns mitgetheilten Grundzügen desselben, daß sämtliche Verbote, die durch ein strenges Prohibitivsystem veranlaßt waren, meist aufgehoben sind; so z. B. alle Leuche, Equipagen, Porzellan, Lächer jeder Art, Schlosserarbeiten u. s. w. Die Zölle für die meisten Artikel dieser Art schwanken zwischen 20—30 und 15 Procent. Rohseide ist bei der Einfuhr von 2 Rub. 60 Kop auf 1 Rubel per Pud herabgesetzt. Fensterglas und Glasgeschirre entrichtet 3 Rubel statt 18 Rubel per Pud. Die Reductionen dieser Artikel sind namentlich auch für Oesterreich wichtig, dessen Handelsverkehr mit Rußland immer mehr zunimmt. Eine vergleichende Tabelle zeigt, daß diejenigen Artikel, die mit einem niedrigen Zoll als der bisherige in Rußland und Polen zugelassen werden, um die doppelte Zahl jene übersteigen, für welche aus wichtigen, namentlich in Betreff Rußlands maßgebenden Rücksichten eine Zoll-erhöhung stattfindet. Da indessen fast sämtliche Positionen des frühern russischen Zolltarifs ermäßigt worden sind, so gestaltet sich durch diese Erweiterung des Marktes jene Erhöhung nur zu einer bloß scheinbaren und wird auf den Verkehr keine mislichen Folgen üben. Vom speciell österreichischen Standpunkte verdient noch hervorgehoben zu werden, daß mehrere Artikel, als Leinen, eiserne Werkzeuge, Töpferwaaren, Tischlerarbeiten, einige Colonialwaaren, Südfrüchte u. s. w. bei der Einfuhr zu Lande geringer als bei der Einfuhr zur See verzollt werden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.
Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.